

Wegen Lärmbelästigung -Windräder in Frankreich nicht mehr genehmigt – auch rückwirkend

geschrieben von Admin | 22. März 2024

von Holger Douglas

In einer sensationellen Entscheidung wurden in Frankreich sämtliche Genehmigungen für Windräder aufgehoben. Grund: Die Bürger würden in unzumutbarer Weise vom Lärm belästigt. Dort messen die Richter den akustischen Beeinträchtigungen der Windräder einen erheblich höheren Einfluss auf die Gesundheit der Anwohner bei als in Deutschland.

Wie bereits im TE-Wecker berichtet, hat in Frankreich der Staatsrat die Genehmigungen für Windräder an Land und die Regeln für die Erneuerung von Windparks für illegal erklärt. Das bedeutet, dass keine neuen Umweltgenehmigungen für Windprojekte mehr erteilt werden dürfen, solange nicht neue Protokolle definiert werden, wie akustische Belästigungen von Windrädern eingestuft werden sollen. Dies gilt auch rückwirkend für bereits genehmigte und errichtete Windräder.

Damit hat der Staatsrat einer Klage des Umweltschutzdachverbandes „Fédération Environnement Durable“ (FED) stattgegeben. Die Bürger würden in unzumutbarer Weise vom Lärm der Windräder belästigt. Die FED hat dies als „historische Entscheidung“ gewürdigt und nennt sie „einen großen Sieg für den Schutz der Umwelt, die Gesundheit der Anwohner und die Einhaltung der Gesetze“. Diese Entscheidung folgte einem Antrag der FED und weiteren 15 Verbänden. Der Staatsrat stellte fest, dass die ministeriellen Lärmessverordnungen keiner Umweltprüfung unterlagen. Dies stellt einen Verstoß gegen das Gesetz dar.

Außerdem betonte der Staatsrat, dass die Entscheidungen zur Genehmigung des Akustikprotokolls nicht von der Beteiligung der Öffentlichkeit abhängig waren und somit gegen die Grundsätze der Beteiligung und Transparenz verstoßen. *Tichys Einblick* hatte früher schon über den Kampf von Umweltgruppen in Frankreich gegen die Lärmbelästigung von Windrädern berichtet. Dort messen die Richter den massiven akustischen Beeinträchtigungen der lauten Windräder einen erheblich höheren Einfluss auf die Gesundheit der Anwohner bei als in Deutschland.

Doch schon ein wenig verblüffend, wie komplett es dem öko-industriellen Komplex gelungen ist, die gut dokumentierten Gesundheitsgefahren massiv unter den Tisch zu kehren. Eine üble Rolle spielte dabei der Alt-Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier, der sich einst sogar entschuldigte, weil die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR), eine Behörde des Wirtschaftsministeriums, angeblich

falsche Berechnungen zur Schallbelastung durch Windräder vorgelegt hatte. Darunter habe deren Akzeptanz „ein Stück weit“ gelitten, so Altmaier in seinem Kotau vor dem grünen Windindustriekomplex damals.

Denn widersprochen hatte in einem Interview seinerzeit der Direktor der Klinik für Herz-, Thorax- und Gefäßchirurgie an der Universität Mainz, Christian-Friedrich Wahl. Er leitet die „Arbeitsgruppe Infraskall“ und erforscht seit langem die Wirkung auf Organe und Zellen. Er lässt aufhorchen: „Nach der BGR-Korrektur werden die Beschwerden der Betroffenen nicht mehr im Bereich von größer 90 Dezibel geäußert, sondern bereits im Bereich zwischen 60 und 70 Dezibel.“ Denn der tatsächliche Infraskalldruck bleibt gleich, die Gesundheitsschäden ebenso.

Weiterhin seien die Anlagen der Windindustrie viel größer als vor 20 Jahren, deswegen müssten dringend neue Untersuchungen über die größeren Auswirkungen dieser gigantischen Windräder gemacht werden. Die erzeugen deutlich höhere Infraskalldrücke mit entsprechend gefährlichen Auswirkungen auf Organe und Körperzellen.

Die teilweise 200 Meter hohen Anlagen der Windindustrie überziehen das Land mit einem deutlichen Schallteppich, der von der unteren Hörgrenze bis in den nicht hörbaren Bereich reicht. Doch unser Körper spürt ihn. Biologe Wolfgang Müller hatte in seinem Buch „Krankmacher Windkraftanlagen? – Auswirkungen des Infraskalls auf unsere Gesundheit“ die wesentlichen Ergebnisse aller weltweiten Untersuchungen dokumentiert. Das Buch ist im Buchshop bei TE zu erhalten.

Doch: „Wer sich über die Windenergie informieren will und den Beteuerungen des Bundesumweltministeriums und der Länderministerien mit ihren zugehörigen Landesumweltämtern bzw. Landesanstalten glaubt, wird hinters Licht geführt“, schrieb Müller, der mittlerweile verstorben ist. Es gibt molekulare Mechanismen, mit deren Hilfe Körperzellen mechanische Kräfte erfassen und biochemische Vorgänge in den Zellen anstoßen. Auch Infraskall der Windräder gehört zu solchen mechanischen Kräften. Das bedeutet: Der Körper reagiert äußerst sensibel auf Druckereignisse auch ohne, dass wir es direkt merken. Die Wirkungen machen sich auf längere Zeit bemerkbar.

Es sind Schwankungen des Luftdrucks, die zersetzend wirken. In höheren Schwingungsbereichen nehmen wir sie als akustische Ereignisse wahr wie Sprechen, Musik und Geräusche. Unterhalb einer Schwelle von etwa 20 Hertz können wir sie nicht mehr hören, sie sind dennoch vorhanden und wirken sich auf den Organismus aus. In diesen niedrigen Frequenzbereichen haben diese Schallschwankungen zudem sehr unangenehme Eigenschaften: Sie pflanzen sich über weite Strecken nahezu ungehindert fort. Die werden über weite Strecken bis zu 20 Kilometer in der Luft übertragen. Sie werden zum Beispiel nicht durch Wände abgeschirmt. Deswegen nutzt es Anwohnern nichts, sich in abwärts gewandte Räume zurückzuziehen. Infraskall dringt dennoch hindurch.

Die gleichmäßigen Druckschwankungen entstehen beim Passieren eines Windradflügels am Turm. Hier ändern sich kurz die Druckverhältnisse am Rotorflügel und setzen sich als Welle fort. Wer neben einem Windrad gestanden hat, wundert sich darüber, wie laut es ist. Nicht nur das Rauschen der Rotoren, sondern auch der Lärm aus dem Maschinenhaus an der Spitze ist zu hören. Doch außer diesen hörbaren Maschinengeräuschen emittieren Windenergieanlagen auch tieffrequenten Schall und Infraschall.

„Die Druckschwankungen pflanzen sich bis in die Hohlräume fort, denn die stehen mit der Außenwelt in Verbindung. Diese tieffrequenten Druckschwankungen wirken sich auf die festen Strukturen und Gewebe aus. Darin sind nämlich zahlreiche Rezeptoren, die auf kleinste Luftdruckschwankungen reagieren können.“ Ständig wird das extrem empfindliche Trommelfell und Mittelohr in Mitleidenschaft gezogen. Biologe Müller: „Im Mittelohr messen ständig Rezeptoren den momentan herrschenden Luftdruck, damit ihn das Gehirn mit den Druckschwankungen der Schallwellen verrechnen kann. Dieser Verarbeitungsprozess ist unerlässlich für das Einschätzen und Vergleichen verschiedener Lautheitsempfindungen.“ So wird auch das extrem empfindliche Gleichgewichtsorgan durch die Druckschwankungen des Infraschalls in Mitleidenschaft gezogen.

In Frankreich hatte bereits 2021 ein französisches Appellationsgericht Klägern Recht gegeben, die in der Nähe von Windrädern wohnen, und festgestellt, dass der Betrieb der Anlagen zu Veränderungen des Gesundheitszustandes geführt hat. In einem Berufungsverfahren erklärte das Gericht, dass die Kläger unter dem sogenannten Windturbinensyndrom leiden. Das ist auf tieffrequenten Schall und Infraschall zurückzuführen. Die Kläger haben Anspruch auf einen Schadensersatz in Höhe von 128.000 Euro.

„Nach so vielen Jahren gerichtlicher Verfahren wurde unser Leid endlich anerkannt“, stellten damals die beiden Kläger Christel und Luc Fockaert fest. Sie hatten 2004 im Regionalpark Haut Languedoc ein Bauernhaus gekauft und renoviert. 2008 wurden den beiden sechs Windräder auf den Höhen von Fontrieu vor die Nase gesetzt. Von dem Dorf aus sind die Anlagen zwar nicht zu sehen, wohl aber der Lärm je nach vorherrschender Windrichtung und der Leistung der auf rotierenden Köpfen installierten Windturbinen zu hören.

Die ersten gesundheitlichen Symptome traten nicht sofort, sondern erst im Laufe der Zeit nach und nach auf. Bei jeder mehrtägigen Reise verschwanden die Symptome. Zudem hielt das Gericht auch fest, dass der behandelnde Arzt der Kläger keine Auffälligkeiten in der Vorgeschichte feststellen konnte. Insbesondere wurden keine Kardial- oder HNO-Anomalien festgestellt. Die Kläger waren auch keine Gegner der Errichtung der Windenergieanlagen in der Nähe ihres Wohnhauses.

Fachleute wie der Karlsruher Fachanwalt für Verwaltungsrecht Dr. Rico

Faller erwarteten seinerzeit, dass dieses Urteil des „Cour d'appel de Toulouse“ auch in Deutschland Veranlassung geben dürfte, die Rechtsprechung konsequent weiterzuentwickeln. Doch geschehen ist nichts. Anwohner von Anlagen der Windindustrie in Deutschland müssen sich weiter den Gesundheitsgefahren aussetzen – oder wegziehen.

Das steht jetzt wohl auch den Anwohnern der geplanten gigantischen Windindustrieanlagen bevor, die in die Landschaften Bayerns und Baden-Württembergs gesetzt werden sollen.

Weitere Informationen dazu und was dänische Nerze mit dem Infraschall von Windrädern zu tun haben, können Sie am kommenden Sonntag in unserem TE-Wecker hören.

Der Beitrag dazu erschien zuerst bei TE hier

MEHRHEIT UND WAHRHEIT

geschrieben von Admin | 22. März 2024

Wie steht es um die Wissenschaft in Deutschland? Hat sie in Sachen Corona, Klima und Atom die Regierung gelenkt, oder war es umgekehrt? Haben wissenschaftliche Erkenntnisse zu den Lockdowns geführt, oder hat die Regierung diese „Erkenntnisse“ vorgegeben? Politik und Wissenschaft sind schlechte Bettgenossen, denn in der Politik geht es um Mehrheit, in der Wissenschaft um Wahrheit.

von Hans Hoffmann-Reinecke

Ist Wissenschaft unfehlbar?

In Naturwissenschaft und Medizin ist eine Behauptung wahr, wenn sie mit der Beobachtung übereinstimmt. Vielleicht widersprechen Sie mir jetzt und halten mir vor, dass sich im Laufe der Zeit so manche Wahrheit der Physik später als Irrtum herausgestellt hat. Dass etwa die Wissenschaft von Sir Isaac Newton durch die moderne Physik widerlegt wurde.

Aber das ist nicht der Fall. Die Planeten haben im 17. Jahrhundert Newtons Gleichungen sehr genau befolgt, und sie haben ihren Lauf nicht an dem Tag geändert, als Einsteins Relativitätstheorie aufkam. Die Relativitätstheorie zeigt nur, dass Newtons Gesetze ungenau werden, wenn es um extrem hohe Geschwindigkeiten geht. Das ist aber nur beim Planeten Merkur der Fall, der der Sonne am nächsten ist. Dessen Bahn hatte sich noch nie genau an Newtons Gesetze gehalten, aber dank Einstein konnte

man das jetzt erklären. Die Relativitätstheorie zeigte also die Grenzen der klassischen Physik auf, sie hat sie keineswegs widerlegt. Physik ist ein Haus aus soliden Quadern, an dem fortlaufend gearbeitet wird. Es ist noch nicht vorgekommen, dass einer der tragenden Pfeiler sich als marode herausgestellt hätte. Diesen Erfolg verdanken wir der wissenschaftlichen Methode, mit der das Gebäude geschaffen wurde.

Erkenntnis mit Methode

Zur Erklärung ein Beispiel. Vor langer Zeit hatte ein Kollege in einem Experiment die Verletzung der so genannten Unschärfe-Relation beobachtet. Dieses Gesetz ist der heilige Gral der Quantenphysik und ich fragte ihn: „Was habt ihr falsch gemacht?“ Er versicherte, dass alle möglichen Fehlerquellen x-mal überprüft wurden, und dass diese brisante Sache schnell veröffentlicht werden muss.

So geschah es, und bald wurde das Experiment an anderen Instituten wiederholt – allerdings mit anderem Resultat: die Verletzung der Unschärferelation wurde nicht beobachtet. Es kam zu intensivem Gedankenaustausch und bald sah mein Bekannter ein, dass der Hund bei ihm begraben war.

Das ist also die wissenschaftliche Methode: Der Forscher gewährt dem Rest der Welt totale Transparenz in seine Arbeit und andere Forscher werden seine Resultate entweder bestätigen oder in Frage stellen. Sie werden sich gegenseitig nicht als Leugner schmähen, sondern als nützliche Gesprächspartner willkommen heißen. Niemand wird verspottet oder gecancelt, denn irren ist menschlich.

Diese Methode bescherte uns nicht nur Klarheit über den Planeten Merkur, sondern auch so nützliche Dinge wie Computertomographie, mit der wir unseren Körper millimetergenau untersuchen können, oder Kernenergie, bei der weniger als ein Millionstel der Brennstoffmenge verbraucht wird als zuvor, oder die Halbleiter in den Chips unserer Smartphones.

Die Deutsche Physik

Wissenschaft bekam immer dann Probleme, wenn der andere Bettgenosse, die Politik, sich in das gleiche Bett zwängte. Das bekam 1600 Giordano Bruno auf dem Scheiterhaufen zu spüren, dessen Bild vom Universum der katholischen Kirche missfiel, und das bekam die moderne Physik zu spüren, die sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Deutschland angesiedelt hatte. Die Politik der Nazis vertrieb damals die jüdischen Physiker, unter ihnen die besten der damaligen Zeit, und NS-konforme Wissenschaftler entwickelten dann eine deutsche, eine „arische Physik“.

Nach dem Krieg erholten sich die Naturwissenschaften in Deutschland erstaunlich schnell, und lieferten die notwendigen theoretischen Grundlagen zum Wirtschaftswunder, zur Elektrotechnik, Kernenergie und dem Automobilbau.

Nie wieder?

Auch heute drängt sich erneut die Politik in die Domäne der Wissenschaft.

Und das kam so: Im Jahr 2000 verlor Al Gore die Wahl zum US Präsidenten gegen Bush Junior. Daraufhin entdeckte Gore sein Herz für das Klima und rief zum globalen Krieg gegen Kohlendioxid auf, welches angeblich die Atmosphäre aufheizt. Das Groteske ist nun, dass sich zum damaligen Zeitpunkt noch nie jemand über zu hohe Temperaturen beklagt hätte. Es fanden sich aber schnell so genannte „Wissenschaftler“, welche die geforderte Erwärmung maßen und die mit Supercomputern auszurechneten, dass die Welt demnächst untergeht.

Das CO₂ ist seither tatsächlich stetig angewachsen, Manhattan ist aber nicht im Meer versunken und die Gletscher des Himalaya sind nicht geschmolzen. Dafür sind astronomische Ströme von Dollars in die Taschen gewisser Akteure geflossen. Bisherigen Höhepunkt bildet die Klimakonferenz 2023 in Dubai, mit sage und schreibe 94.000 Teilnehmern, die wohl eher durch die Aussicht auf persönlichen Profit motiviert wurden, als durch wissenschaftliche Wahrheit.

Wer heute in Deutschland das offizielle Narrativ zum „Klimawandel“ hinterfragt wird als Klimaleugner hingestellt, der dem Konsens der 97% widerspricht. Besagte 97% aber scheuen jede wissenschaftliche Diskussion, wie der Teufel das Weihwasser, denn sie wissen, dass ihre Aussagen einer kritischen Untersuchung nicht standhalten. Ihre Vergütung aber hängt davon ab, dass sie die Wahrheit lauthals leugnen.

Hohes Risiko und Lockdown

Die politischen Entscheidungen im Zusammenhang mit Corona, deren Nutzen ungewiss, deren schädliche Auswirkungen jedoch gesichert waren, wurden mit der Behauptung begründet, man folge der Wissenschaft.

Für Forschung in Sachen Infektionskrankheiten ist das Robert Koch Institut in Berlin zuständig. Hier wurde im März 2020 die Einschätzung des gesundheitlichen Risikos durch Corona von „mäßig“ auf „hoch“ angehoben. Diese Entscheidung diente der politischen Exekutive als Rechtfertigung für Lockdowns und andere einschränkende Maßnahmen.

Folgte man hier tatsächlich Erkenntnissen, die mit wissenschaftlicher Ethik und Sorgfalt erarbeitet worden waren? Bei so drastischen Eingriffen in die bürgerlichen Grundrechte sollte man das erwarten. Die Protokolle des RKI-Corona-Krisenstabs, die kürzlich durch Multipolar freigelegt wurden, lassen vermuten, dass es nicht so war. Nicht wissenschaftliche Erkenntnisse, sondern Druck seitens der Regierung hat zu dieser Eskalation geführt! Die Regierung folgte also keineswegs der Wissenschaft, sondern zwang die Wissenschaftler des RKI, die gewünschten Ergebnisse zu liefern.

Ärzte, die sich ihrem Eid „primum non nocere“ (in erste Linie keinen Schaden anrichten) verpflichtet fühlten und die sich weigerten fragwürdigen politischen Direktiven zu folgen, wurden in Gefängnisse gesperrt und warten seit Monaten auf ihr Urteil. Sie sind die tapferen Erben von Giordano Bruno.

Die akzeptierte Lüge

Eine Lüge, oft genug wiederholt, wird schließlich von der Allgemeinheit akzeptiert; und nicht nur das, sie wird sogar verteidigt. Das ist in Sachen Klimawandel und Corona perfekt gelungen, und beim Atomausstieg war es nicht anders. Der wird bis heute durch die angeblichen 18.000 Todesopfer von Fukushima begründet, obwohl seit 10 Jahren bekannt ist, dass nur eine Person durch radioaktive Strahlung ums Leben kam.

Und es ist zu befürchten, dass dieses Geschäftsmodell der akzeptierten Lüge sich wiederholen wird, insbesondere, weil neue Generationen durch ihre Lehrerinnen weniger zu kritischem Denken, als zur „richtigen“ Gesinnung erzogen werden. Das ist nicht gut so.

Über die Jahrhunderte entstand im Abendland ein solides Bauwerk aus wissenschaftlichen Erkenntnissen, die im ehrlichen Streben nach Wahrheit gewonnen wurden. Wissenschaft und Technik haben über die Jahrhunderte stetig dazu gelernt und damit die Lebensqualität der Menschheit kontinuierlich verbessert. Die Politik aber ist dadurch gekennzeichnet, dass sie die Wahrheit scheut, dass sie nicht an sich selbst zweifelt, dass sie nichts aus der Geschichte lernt. Und so errichtet sie immer wieder baufällige Türme, die ein ums andere Mal katastrophal zusammenbrechen und die Menschen unter sich begraben.

Das ist der Preis dafür, wenn eine Gesellschaft der Mehrheit folgt, und nicht der Wahrheit.

Dieser Artikel erscheint auch im Blog des Autors Think-Again. Der Bestseller Grün und Dumm, und andere seiner Bücher, sind bei Amazon erhältlich.

Verbrennungsmotoren sind weiterhin erforderlich

geschrieben von Admin | 22. März 2024

von **Dipl.-Ing. Klaus Ridder** Motorjournalist (VdM)

Es war für mich beängstigend, nachdem ich anlässlich der Verleihung des Deutschen Gefahrgutpreises die Worte des Staatssekretärs Hartmut Höppner (BMDV) aufgenommen und versucht habe, sie zu verstehen. Es ging da um die Mobilität der Zukunft und vor allem um die Verwendung ‚neuer Kraftstoffe‘. Ich hatte aber akustisch nicht alles verstanden und das Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) um Auskunft gebeten.



Abbildung 1 Staatssekretär im BMDV Hartmut Höppner (li)

Ich bekam einen netten Brief mit folgendem Inhalt

„Das BMDV verfolgt einen technologieoffenen Ansatz, um die Klimaschutzziele im Verkehr zu erreichen. Es geht darum, auch in Zukunft die Mobilität in der Gesellschaft sicherzustellen. Wir wollen dies auf Grundlage eines Technologiemixes erreichen. Das erscheint uns zielführender, als von vornherein bestimmte Technologien kategorisch auszuschließen. Wir arbeiten daran, optimale Rahmenbedingungen für klimafreundliche Antriebstechnologien und Kraftstoffe zu schaffen. Für das Erreichen der Klimaschutzziele sind planwirtschaftliche Vorgaben der falsche Weg. Vielmehr basieren Mobilität und Logistik auf Entscheidungen von Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürgern auf Grundlage ihrer spezifischen Anforderungen und

Bedürfnisse. Verbote oder Einschränkungen sind nicht Teil unserer Strategie.“

Der Absatz 2 befasst sich mit der E-Mobilität

Neben der Elektromobilität und der Wasserstoff-Brennstoffzellen-Technologie können E-Fuels – insbesondere im Schwerlast- und Gefahrgutverkehr – einen wichtigen Beitrag leisten, den Straßenverkehr klimaneutral zu gestalten. Unser Ziel ist es, die Transformation der Fahrzeugindustrie zu unterstützen und so die Arbeitsplätze sowie Wertschöpfung zu sichern. Daher hat sich das BMDV auf europäischer Ebene erfolgreich dafür eingesetzt, dass eine Perspektive für neue Pkw mit Verbrennungsmotor auch über 2035 hinaus geschaffen werden soll, sofern diese ausschließlich mit E-Fuels betrieben werden. Diese Strategie verfolgen wir auch für Nutzfahrzeuge. E-Fuels sind zudem eine vielversprechende Option, um die Bestandsflotte klimaneutral betreiben zu können.

Gleichzeitig unterstützt das BMDV den Markthochlauf von klimaneutralen strombasierten Kraftstoffen für alle Verkehrsträger und setzt sich daher auch für entsprechende regulatorische Anreize ein. Zudem wurde 2023 auf der internationalen E-Fuels-Konferenz des BMDV in München ein Dialogprozess gestartet, um über Hemmnisse und Lösungsansätze zu diskutieren. Für Industrie und Investoren sind Rechts- und Planungssicherheit notwendige Voraussetzungen. Den Dialog wird das BMDV fortführen. Derzeit laufen die Vorbereitungen für die kommende E-Fuels-Konferenz.

Ein wichtiger kurzfristiger Hebel zur Verringerung der CO₂-Emissionen ist die Freigabe von HVO 100. Es handelt sich um einen Biokraftstoff, der etwa aus biologischem Abfall- und Restspeiseölen hergestellt werden kann. Der entscheidende Unterschied zu fossilem Diesel ist, dass der CO₂-Nettoeintrag in die Atmosphäre um bis zu 95 Prozent gegenüber dem fossilen Energieträger reduziert werden kann. Im Vergleich zu konventionellem Diesel weist HVO 100 zudem eine höhere Cetanzahl auf, wodurch eine bessere Zündwilligkeit und somit eine sauberere Verbrennung gegeben ist. Moderne Dieselmotoren sind grundsätzlich dafür geeignet. In vielen Ländern, etwa in den Niederlanden, Litauen oder Schweden, kann man diesen Kraftstoff bereits tanken. Die Bundesregierung ist sich darüber einig, die Freigabe für HVO 100 zeitnah zu erteilen. Dafür muss die 10. Bundesimmissionsschutz-Verordnung entsprechend geändert

werden. Federführend zuständig dafür ist das BMUV.

Was sagt Brüssel?

Schon lange vorher hatten die Politiker in Brüssel das Aus der Verbrennungsmotoren für 2035 beschließen wollen, doch es gelang dann Verkehrsminister Dr. Volker Wissing, das zu verhindern, wenn die Fahrzeuge mit e-Fuels gefahren werden.



Abbildung 2 Die ersten funktionsfähigen Kraftfahrzeuge von Daimler und Benz wurden mit vor 140 Jahren mit Verbrennungsmotoren angetrieben (Ridder)

Nun gibt es Kritiker, denen die Brüsseler Beschlüsse (siehe Kasten) nicht weit genug gehen. Zurück zur Steinzeit, um angeblich das Klima retten zu wollen. Fragt man aber die Betroffenen, das sind vor allem Spediteure oder auch Busunternehmen oder auch die Pkw-Fahrer mit weniger Geld in der Tasche, dann sieht alles ganz anders aus.

Machbar ist alles. Doch wer soll das alles bezahlen? Leben wir nicht heute schon in einer Zeit, wo uns die Anstrengungen das Klima retten zu wollen, eine nicht bezahlbare Zukunft bringen werden.

Übrigens, es gibt Anzeichen aus Brüssel, wohl im Hinblick auf die bevorstehenden EU-Neuwahlen, künftig eine etwas gelockerte Umweltpolitik

zu betreiben. Dazu gehört es auch, das ‚Verbrennerverbot‘ zu überdenken.

Was sagt man in der Wissenschaft

Die unzähligen Institute und grünorientierten Bewegungen werden alles für machbar erklären, schließlich leben sie davon, das „wissenschaftlich“ zu dokumentieren, was die Politik haben will.

Ich selbst habe eine maschinentechnische Ausbildung als Dipl.-Ing. für Kfz-Bau und kann mit meinem Wissen und meiner Erfahrung die Sachlage gut einschätzen und habe da starken Zweifel, ob das alles so klappen kann.

Ich möchte aber jemanden zu Wort kommen lassen, der sich speziell in Sachen Verbrennungsmotoren gut auskennt, es ist Prof. Dr. Thomas Koch, Leiter des Instituts für Kolbenmaschinen (IFKM) beim Karlsruher Institut für Technologie (KIT) in Karlsruhe. Er hat sein Wissen in einem Interview im Fachmagazin des Energiehandels der Öffentlichkeit mitgeteilt.



Abbildung Prof.Dr. Thomas Koch (Repro Ridder)

Wesentliche Aussagen von Prof. Dr. Koch

- Das gesamte Forschungsfeld ist politischer geworden und so wird dem Verbrennungsmotor keine Zukunft zugebilligt.
- Wenn es die Verbrennungsmotoren nicht gäbe, müsste er umgehend erfunden werden.
- Kraftstoffe haben eine hohe Energiedichte und lassen sich beliebig speichern.
- Für die Herstellung von e-Fuels angedachte grüne Energie ist nicht ansatzweise ausreichend verfügbar.

Im Kern ist ein Kraftstoff, so Prof. Dr. Koch, ein Kohlenwasserstoff, der heute aus fossilem Rohöl über Destillationsprozesse hergestellt

wird. Für eine anzustrebende, nicht fossile Herstellung werden nun sowohl ein Kohlenstoff- als auch ein Wasserstoffpartner benötigt. Dies kann man entweder über einen chemischen Weg mit Hilfe von Synthesen realisieren. Dies sind die e-Fuels. Oder man nutzt die Kraft der Natur, genauer der Photosynthese, mit Hilfe von modernsten bioFuels der neuesten Generation. Diese modernsten bioFuels nutzen nicht die Frucht der Pflanze und haben deshalb nichts mit der „Tank oder Teller“-Diskussion zu tun. Hydrierte Pflanzenöle (HVO) sind hier gerade in aller Munde und ein hervorragender Kraftstoff.

Unter e-Fuels versteht man übergeordnet Kraftstoffe, die auf der Grundlage von alternativen Energien hergestellt werden.

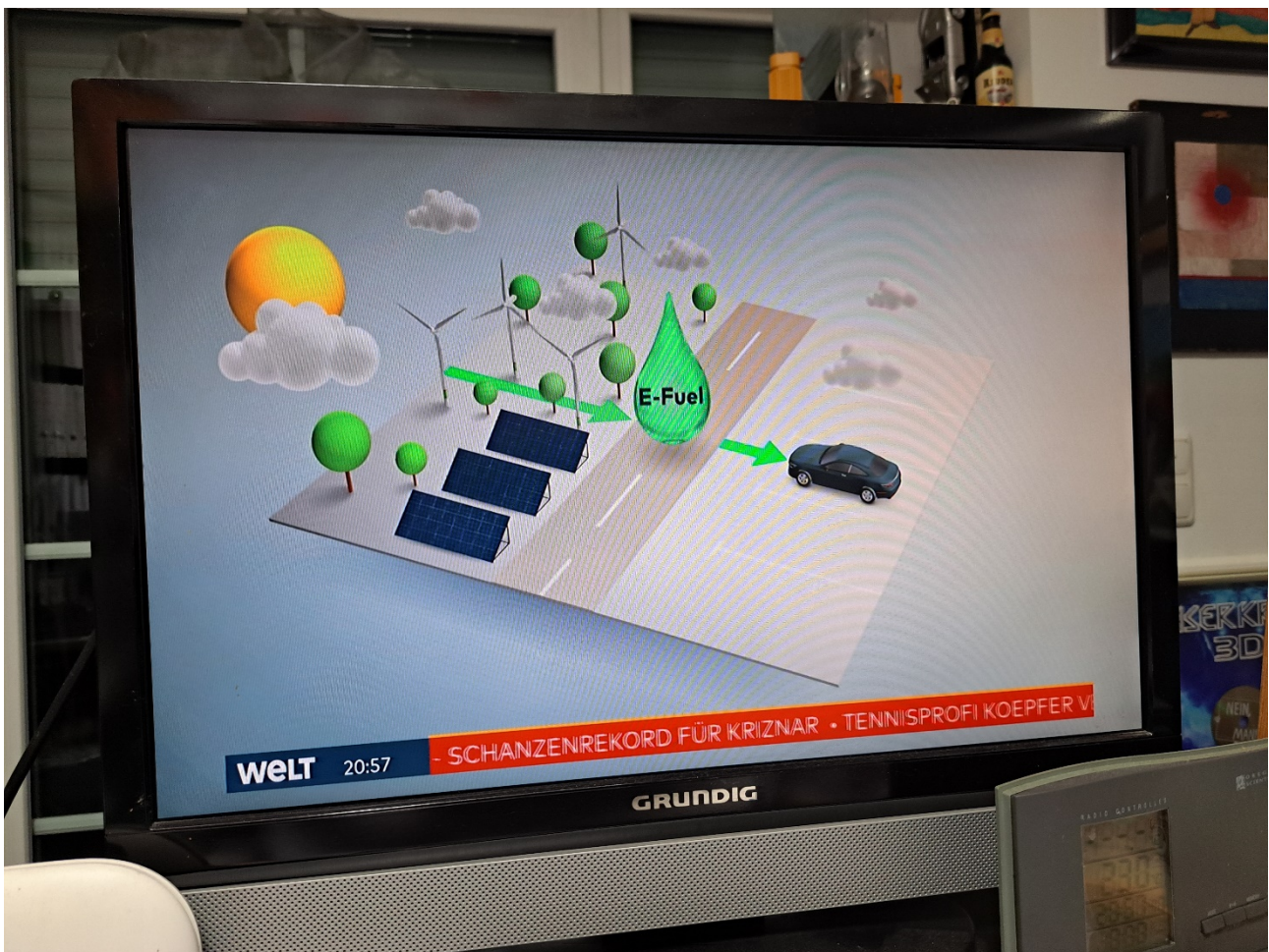


Abbildung 4 Aus Sonnen- und Windenergie unter Mithilfe von Wasser und Kohlendioxyd entstehen E-Fuels (Foto Ridder)

Zum Thema „Verstromung der Mobilität“ äußert sich Prof. Koch wie folgt:

„Die elektrische grüne Energie ist nicht ansatzweise ausreichend verfügbar. Für eine optimale Betriebsstrategie benötigt es ein gutes Miteinander von Elektromobilität und refuels. Das wird weiterhin verhindert“.

Von Prof.Dr.Koch werden also reFuels favorisiert, zumal sein Institut auch am entsprechenden Forschungsvorhaben arbeitet.

Resümee

Es ist schwer abzuschätzen, wohin die Reise geht. Es gibt zu viele politische Interessen und Meinungen. Es gibt zu viele unterschiedlich arbeitende Forschungseinrichtungen, die letztendlich von der Forschung leben und nicht unbedingt zum Wohle der Bürger forschen.

Letztendlich muss alles bezahlbar sein und dem internationalen Wettbewerb standhalten. Es ist noch viel zu tun, so wird das „Verbrenneraus“ für 2035 nicht realisierbar sein.

Klaus Ridder

Das vollständige Interview mit Prof. Dr. Thomas Koch ist im Februar 2024 im Magazin FUELS/LUBES/ENERGY (Fachmagazin des Energiehandels) erschienen.

EU-Beschluss vom März 2023

Die EU-Energieminister haben die neue CO2-Verordnung beschlossen. Wie sehen die Regeln für den Verbrennungsmotor nun aus? Welche Rolle können e-Fuels überhaupt spielen? Und was bleibt unklar? Antworten auf einige Fragen.

Nach einer wochenlangen Hängepartie haben die Energieminister der EU das weitgehende Aus des Verbrennungsmotors ab 2035 beschlossen. Zuvor hatten das Bundesverkehrsministerium und die Europäische Union ihren Streit über die künftigen Regeln beigelegt. Wie genau sehen sie nun aus? Und was könnte sich noch ändern?

Das schon länger geplante EU-Gesetz sieht vor, dass ab 2035 EU-weit keine Pkw und leichte Nutzfahrzeuge mehr neu zugelassen werden dürfen, wenn ihr Kraftstoff Benzin oder Diesel ist. Das haben die 27 Mitgliedstaaten beschlossen.

Allerdings bleibt auf Druck Deutschlands eine Hintertür für den Verbrenner offen: Auch nach 2035 sollen Autos mit Verbrennungsmotoren zugelassen werden können, sofern sie ausschließlich mit CO2-neutralen synthetischen Kraftstoffe, sog. e-Fuels, betankt werden.

Bundesverkehrsminister Dr. Volker Wissen sah sich damit am Ziel: „Der Weg ist frei: Europa bleibt technologieneutral.“

Die Sprache der Energiewende Teil 1

geschrieben von Admin | 22. März 2024

Die Sprache des dekarbonisierenden Zeitgeistes versucht, das Denken der Bevölkerung zu prägen. Wendeenergie und Wandelklima beherrschen die sogenannten Qualitätsmedien und nehmen Einfluss auf das Denken in der Bevölkerung. So entsteht das passende Framing.

Von Frank Hennig

„Die Grenzen meiner Sprache bedeuten die Grenzen meiner Welt“, sagte Ludwig Wittgenstein. Die Sprache setzt der Erkenntnis Grenzen, man kann sie formen, nutzen und durch sie manipulieren. Am wirksamsten ist das „Nudging“ durch Sprache, die Beeinflussung von Denken und Handeln, ohne dass es die Zielgruppe bemerkt.

Gute Sprache ist eindrücklich und lässt vor dem geistigen Auge Bilder entstehen. Diese sind besser in Erinnerung zu behalten als Texte. Gute Journalisten und Politiker lassen in ihren Ausführungen Bilder entstehen, schlechte reihen Worthülsen aneinander. Das zeigt sich prägnant am Beispiel zweier Grünen-Promis. Während Robert Habeck eher Umgangssprache pflegt und sogar persönliche Erkenntnisse und Selbstkritik einbaut (die bis zur Offenbarung eigener Unfähigkeit reichen – „von der Wirklichkeit umzingelt“), reihen Annalena Baerbock und insbesondere die Politikerinnen ihrer Partei ganze Salven vorgestanzten Politsprechs aneinander. Am Ende bleibt wenig davon in Erinnerung, weil beim Empfänger keine Bilder entstehen.

Die Themen Energiewende, Antiatom, Dekarbonisierung und Klimawandel, die Forderung nach immer mehr „Erneuerbaren“ und dem nötigen Verzicht an Wohlstand werden von Politikern und aktivistischen Journalisten vorangetrieben. Sie bilden aktuell eine Mehrheit in der Regierung und den sogenannten Qualitätsmedien samt den Zwangsgebührenfinanzierten und geben die Richtung vor. Das nennt man **Mainstream**. Ihnen folgen andere, die dazugehören wollen. Man schreibt voneinander ab, das entbindet von eigener geistiger Anstrengung, man spart Recherche und vor allem erspart man sich Angriffe bei abweichenden Informationen und Kommentierungen. Die Abweichung vom **Mainstream** wird bestraft – durch Ignorieren, Vorenthalten von Informationen und beschränktem Zugang zum politischen Raum.

Die gute alte Lüge

Die politische Kommunikation und auch der **Mainstream** verwenden verschiedene bewährte Instrumente zur Manipulation. Da ist zunächst die altbekannte Lüge, die verharmlosend heute als „Fake“ bezeichnet wird. Man meidet sie in Zeiten sozialer Medien weitgehend, sie kann zu schnell aufgedeckt werden. Über das Internet lässt sich fast jede Meldung

verifizieren. Dennoch ist sie zu finden, wenn sparsame Bildung, Ideologie und Faulheit zur Recherche zusammentreffen. So beispielsweise bei einer Meldung über ein TV-Gerät, das Strom erzeugen könne.

Seltener wird so bewusst gelogen wie von Claudia Roth, die anlässlich eines Jahrestages den vorgeblichen Todesopfern des GAUs im Kernkraftwerk Fukushima gedachte. Ähnliche Aussagen trafen auch Jürgen Trittin und die „Tagesschau“. Ein erster zaghafter Versuch, Geschichte umzuschreiben. In einigen Jahren wird bei den Grünen vom Tsunami in Fukushima nicht mehr die Rede sein, nur noch von einer Atomkatastrophe. Aber die vorgeformten Mediennutzer in der linksgrünen Blase nehmen solche Auslegungen gern auf, sind sie doch kompatibel mit der eigenen Vorstellungswelt und den eigenen Narrativen.

Eine sachliche Lüge ist auch der Begriff Atomkraftwerk. Gemeint sind Nuklearanlagen, die ihre Energie aus den Atomkernen (Nukleonen) beziehungsweise deren Bindungskraft beziehen. Kraftwerke hingegen, die ihre Energie aus der Bindungskraft der Atome beziehen, sind fossile Anlagen, in denen Verbrennungsprozesse stattfinden. Die Reaktion von Kohlenstoff plus Sauerstoff ist exotherm, das heißt, sie setzt Wärmeenergie frei, die dann in der Regel zur Dampferzeugung genutzt wird. Dies sind also Atomkraftwerke. Der feine Unterschied spielt allerdings praktisch keine Rolle mehr, beide Arten der Energieumwandlung werden bei uns bekämpft.

Überraschend ist nur die Kernspaltung grüner Politik. Wurden früher die Kernkraftwerke mit dem „Atomtod“ in Verbindung gebracht, sind sie Teufelszeug geblieben, während nach deutschen Kernwaffen nun gerufen wird. Jeder weiß, dass sie keine Waffen fürs Gefechtsfeld sind, sondern Massenvernichtungswaffen. Das ficht ungediente Grüne in ihren Allmachtsphantasien aber nicht an.

Die Gebetsmühle

Sie ist ein bewährtes Mittel in Diktaturen. Stete Wiederholung verhindert tieferes Nachdenken. Sie wird heute, wie zu besten DDR-Zeiten, breit eingesetzt. Bekannte Thesen werden permanent wiederholt, bis sie auch der schnelle oder oberflächliche Medienkonsument mitsingen kann. Entsprechende Sachverhalte werden nicht mehr begründet, sondern als unumstößliche Tatsache vermittelt. In den DDR-Medien gab es nie solitär den Namen „Erich Honecker“, sondern immer nur im Zusammenhang mit der kompletten Funktionsbezeichnung „Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzender des Staatsrates der DDR“. Damit das im Arbeiter- und Bauern-Paradies auch wirklich jeder verstand. Für die Mauer gab es den festen Begriff des „Antifaschistischen Schutzwalls“, andere Bezeichnungen waren nicht zugelassen, abgesehen von Fachbegriffen wie „Grenzsicherungsanlagen“.

Übrigens wäre „Antifaschistischer Schutzwall“ der heute gebrauchten „Brandmauer“ vorzuziehen. Dann würde deutlicher, wohin sich unser Land

entwickelt.

Die Wirkung der Gebetsmühle wurde von Elisabeth Wehling im sogenannten ARD-Framing-Manual beschrieben:

Und dann beim dritten, vierten, fünften Mal ergeben sich Einschleif-Prozesse im Gehirn und ein Wiedererkennungseffekt – egal, ob die Sache wahrhaft ist oder eine Lüge. Und dann sagt das Gehirn irgendwann: „Ist mir viel zu anstrengend, das ist für mich jetzt eine Wahrheit.“

Nach gleichem Muster will der Deutsche Journalisten-Verband Wirkung erzielen. Die AfD soll künftig nicht mehr ohne den Zusatz „vom Verfassungsschutz beobachtet“ oder ähnlich erwähnt werden. Wie ein Warnhinweis auf Zigarettenschachteln. Für wie unmündig und hilflos hält der DJV die Mediennutzer, sich eine eigene Meinung bilden zu können?

Andere Beispiele sind „klimaschädliches CO2“, „dreckige Kohle“ oder „umstrittene CCS-Technologie“. Als umstritten bezeichnet zu werden, ist im Grunde schon ein Urteil. Fast nie wird ausgeführt, warum etwas umstritten ist, was dafür und was dagegen spricht. Die Marx'sche Dialektik von der Einheit und vom Kampf der Gegensätze, ohne die es keinen Fortschritt gibt, findet im heutigen linearen linksgrünen Denken keinen Niederschlag mehr. Hier wird Meinung vorgegeben, nicht erarbeitet.

Das entsprechende Adjektiv wird immer mitgeliefert, damit es jeder Leser oder Hörer verinnerlicht und nicht zweifelt. So erreichen uns Litaneien endloser Wiederholungen von sogenannten Qualitätsmedien. Die DDR-Sozialisierten können auf alte Praktiken zurückgreifen. Sie waren trainiert darauf, zwischen den Zeilen zu lesen oder bei endlosem Bonzen-Geschwafel die Ohren auf „Durchzug“ zu schalten.

Die wahre Hälfte

Praktikabel und wirksam für die Schaffung gewünschter Narrative sind Halbwahrheiten. So setzt man sich nicht dem Vorwurf der Lüge aus, denn das, was berichtet wird, ist wahr. Dennoch entsteht ein beabsichtigtes verzerrtes Bild der Realität.

Ein Beispiel sind die Meldungen über arabische Solarkraftwerke, die vor einigen Jahren durch die Medien gingen. Ägypten und Saudi-Arabien hatten beschlossen, große Flächen ihrer Wüsten mit Photovoltaik-Paneelen zu belegen. Die Sonne steht hoch, die Preise der Paneele sind stark gefallen, es macht Sinn. Die Meldung ist wahr, aber ohne die ganze Wahrheit entsteht der falsche Eindruck: „Na bitte, die Araber machen auch Energiewende wie wir, und wir sind der Vorreiter“.

Die ganze Wahrheit ist, dass zur gleichen Zeit Ägypten und Saudi-Arabien

bei Rosatom in Moskau Verträge für mehrere Kernreaktoren abschlossen, desgleichen die Türkei. In den Emiraten läuft bereits ein erstes Kernkraftwerk. Dies zu verschweigen hat einen Grund. Es soll die ketzerische Frage vermeiden, warum diese sonnenreichen Länder dennoch in die Kernkraft investieren, die doch permanent als zu teuer und zu gefährlich geframet wird. Dabei wäre die Antwort einfach. Abends geht die Sonne unter, dann schalten die Leute das Licht ein. Die Araber wissen, dass das Speichern großer Mengen von Strom sehr teuer ist. Die weiterführende Frage wäre, warum wir als sonnenarmes Land keine Kernkraftwerke (und Kohlekraftwerke) mehr brauchen, obwohl wir kaum Speicher haben.

Begeistert wird über den weltweiten Ausbau der Windkraft berichtet, weniger über die Begleiterscheinungen. In Norwegen müssen vermutlich 151 Anlagen rückgebaut werden, weil die Anlagen „die kulturellen Rechte des Volkes der Samen“ beeinträchtigen. Diese hatten argumentiert, Anblick und Geräusch der Windturbinen verängstige ihre Rentier-Herden und bedrohe damit jahrhundertealte Traditionen. Die berechnete Frage dazu würde lauten, wie es um die kulturellen Rechte der Ureinwohner Deutschlands und ihrer Weide- und Wildtiere steht. In Mexiko gibt es Widerstand der Einheimischen und Fischer gegen ausländische Windkraft-Heuschrecken. Darüber findet sich in unseren Medien nichts, auch weil es schwer zu verarbeiten ist. Mexikanische indigene Windkraftgegner kann man nicht wie deutsche als Fortschrittsverweigerer in die rechte Ecke schieben.

Der Abstand polnischer Kernkraftwerke zur deutschen Grenze wird thematisiert, nicht die CO₂-Vermeidung durch diese. Nachrichten erhalten wir zu einem neuen chinesischen Mega-Windrad, zur Entwicklung von Mini-Reaktoren kaum. Wenn es sich nicht vermeiden lässt, werden hohe Kosten, Zeitverzögerungen, Unternehmenspleiten angeführt. Der Kampf gegen das böse Atom geht weiter, auch wenn wir keine aktiven Kernkraftwerke mehr haben, keine kernenergetische Forschung und keine zugehörige Industrie mehr. Rot-Grün möchte die Diskussion als abgeschlossen betrachten, am besten nicht mehr darüber reden. Diese Hoffnung wird nicht in Erfüllung gehen. Der Ausstieg aus der Kernenergie war ein so fundamentaler Fehler, dass die Diskussion den Vollstreckern anhaften bleiben wird wie Hundedreck am Schuh.

Falsche Bilder

Um Realität in einem gewünschten Bild erscheinen zu lassen, schafft man vergleichende Begriffe. Die „Erneuerbaren“ werden als Freiheitsenergien bezeichnet, was sachlich sogar in zweierlei Hinsicht falsch ist, soweit es die Wind- und Solarenergie betrifft. Zum einen besteht die starke und unvermeidbare Abhängigkeit vom Windaufkommen und der Tageszeit, mithin von den Launen und Gesetzmäßigkeiten der Natur. Das setzt uns in einen Stand, der im Mittelalter wirtschaftsprägend war. Zum anderen können wir die Anlagentechnik nicht oder nur sehr teuer selbst produzieren. Der enorme Materialaufwand erfordert Rohstoffe, die wir im eigenen Land kaum

haben oder nur unter hohen Kosten gewinnen könnten. So sind wir von Weltmarktführern, in diesem Fall China, komplett abhängig.

„Freiheitsenergie“ sollte bedeuten, dass wir uns aus russischer Abhängigkeit, von Öl und Gas aus dem Reich des Bösen, befreit haben. Die Wahrheit ist, dass wir die Abhängigkeit nur umhängen nach China und zudem nur Zufallsstrom produzieren können.

Die „Erneuerbaren“ seien auf der Überholspur, wird des Öfteren verkündet. Wer überholt, ist schneller, im übertragenen Sinne auch größer oder stärker. Richtig ist die Formulierung nur in Bezug auf den Zuwachs an installierter Leistung an Windkraft und Photovoltaik in Deutschland und sogar global.

Davon wird mehr gebaut als bei jeder anderen Technologie. Beim Primär-, also Gesamtenergiebedarf, machen Wind und Solarenergie global etwa vier Prozent aus und wachsen langsamer als der Energiebedarf der Welt. Nach Angaben der Bundesanstalt für Geologie und Rohstoffe (BGR) wurden 2022 weltweit 15,5 Milliarden Tonnen Kohle verbrannt, fast acht Prozent mehr als im Jahr davor. Ein Rekordwert, eine Trendumkehr sei nicht zu erkennen. Mit anderen Worten: Trotz starken Zubaus kann mit Wind- und Solaranlagen nicht einmal der Anstieg des globalen Energiehungers kompensiert werden, geschweige denn, es wäre irgendein Überholvorgang.

Im Rahmen des exzessiven Ausbaus der „Erneuerbaren“ werden Ansammlungen solcher Anlagen gern als Parks bezeichnet. Bestimmte Gebiete würden mit Wind- oder Solarparks bebaut, heißt es dann. Welche Assoziation verbindet sich mit dem Begriff eines Parks? Ruhe, grüne Umgebung, saubere Luft, Erholung. Die findet man in diesen Industrieparks mit Sicherheit nicht. Die zuweilen schier endlosen Solar-Freiflächenanlagen sind ökologisch tote Flächen und so gut wie immer eingezäunt wegen des öfter praktizierten Paneel-Klaus. Im Sommer werden die Anlagen durch die Aufheizung der Paneele auf bis zu 120 Grad zu Hotspots in der Landschaft, die das regionale Wetter und Klima beeinflussen. Die Biodiversität nimmt ab. Da kann man vorbei laufen, aber ein Spaziergang im Park ist das mit Sicherheit nicht. Windkraftanlagen sind zwar nicht eingezäunt, aber auch da ist ein Spaziergang nicht angenehm, es gibt kaum Schatten und die Geräuschkulisse, halbwegs guten Wind vorausgesetzt, ist ausgesprochen unangenehm.

Die Verwendung des Begriffs Park ist eine gewollte Irreführung, um einen falschen naturfreundlichen Eindruck zu erwecken. Die gravierenden Auswirkungen von Windkraftanlagen im Wald werden verniedlicht. Der sächsische Ministerpräsident Kretschmar sprach auf einer CDU-Veranstaltung von „Windkraft überm Wald“, so als wäre der Wald von den Anlagen nicht betroffen oder berührt. Die Betrachtung einiger Luftaufnahmen schafft hier Realitätssinn und Ernüchterung, vielfältig und negativ sind die Auswirkungen, gegen die sich immer mehr Menschen wehren.

Aus interessengeleiteten Gründen wird die Windkraft zur wichtigsten

Energieform hochgejubelt. Das macht man einfach an der jährlich produzierten Strommenge fest. Ist die schiere Menge am wichtigsten oder vielleicht eher diejenige Energie, die verlässlich zur Verfügung steht? Eine typische Energiewende-Nebelkerze, zu der man ergänzend anmerken muss, dass die Windkraft auch nicht nachhaltig ist, weil sie zeitweise nicht zur Verfügung steht. Ebenso mengenbezogen tituliert man die Windkraft als Arbeitspferd der Energiewende, wobei es sich um ein völlig falsches Bild handelt. Der Landwirt schirrt das Arbeitspferd an, gibt ein Kommando, worauf sich das Gespann in Bewegung setzt.

Das kann die Windkraft nun wirklich nicht leisten. Das erratische Verhalten des Windaufkommens entspricht dem eines Wildpferdes, welches nach eigenem Gusto läuft, galoppiert, grast oder schläft, völlig unabhängig vom Willen des Menschen. Die wahren Arbeitspferde sind die konventionellen Kraftwerke, die regelnd das System aufrechterhalten, unabhängig von Wetter und Tageszeit. Die Windkraft ist ein launischer Gaul, nach dem sich die Nutzer wie die Müller im 19. Jahrhundert richten müssen. Für das Energiesystem bedeutet das Zusatzkosten für Backupkraftwerke, Speicher oder Verbrauchersteuerung.

Weiter demnächst im Teil 2 ...

Der Beitrag erschien zuerst hier bei TE

ESG, die woke Schattenregierung der Milliardäre

geschrieben von Admin | 22. März 2024

Edgar L. Gärtner

Unter dem Titel *„ESG – Elitists‘ Shadow Government. Wie abseits von demokratisch beschlossenen Gesetzen der europäische Bürger mittels ESG-Vorgaben umerzogen werden soll.“* luden die beiden österreichischen Europa-Abgeordneten der ID-Fraktion Roman Haider und Harald Vilimsky am 13. März zu einer gut besuchten Podiumsdiskussion ins Straßburger EU-Parlament. Neben den genannten Gastgebern saßen auf dem Podium Dr. James Taylor, der Direktor des Chicagoer Heartland Instituts, der kalifornische Journalist und Autor Jordan Schachtel sowie meine Wenigkeit, weil ich mich durch einen viel beachteten Beitrag bei EIKE sozusagen selbst für eine solche Verwendung empfohlen hatte. Gerade weil die drei Buchstaben ESG der breiten Öffentlichkeit wenig bis nichts sagen, hält James Taylor die dahinter stehende politische und

ökonomische Strategie für die derzeit größte Bedrohung der uns noch verbliebenen Freiheit. Die beiden einladenden MEPs, schlossen sich, was nicht überraschend ist, dieser Diagnose an.

ESG steht für „Environmental, Social, Governance“, d.h. für Umweltschutz-, Sozial- und Unternehmensführungs-Kriterien für die Bewertung der angenommenen Nachhaltigkeit von Kapitalinvestitionen. Die großen internationalen Vermögensverwaltungs-Gesellschaften BlackRock, State Street und Vanguard, die zusammen über Zig Billionen Dollar Gelder von kleinen und mittleren Anlegern gebieten, können damit Investitionslenkung gemäß ideologischer Vorgaben betreiben. Damit aber verletzen sie in vielen Fällen die Treuepflicht gegenüber ihren Anlegern, denn diese sind an einer Maximierung der Wertschöpfung und einem entsprechenden Wachstum der Börsenkurse interessiert. Die zahlreichen Firmen, an denen BlackRock und seine Wettbewerber als Großaktionäre beteiligt sind, können ihrerseits die Wertschöpfung nur steigern, indem sie ihre Kunden mit qualitativ hochwertigen Produkten und Dienstleistungen zufrieden stellen.

Doch die Kundenzufriedenheit rangiert in den zwischen den großen Vermögensverwaltern, staatlich besoldeten Wissenschaftlern und einer unübersichtlichen Zahl grüner NGOs ausgehandelten Nachhaltigkeitskriterien des „Stakeholder-Kapitalismus“ bei weitem nicht an erster Stelle. Ganz oben rangiert der „Klimaschutz“, der beinahe ausschließlich am Niveau des CO₂-Ausstoßes festgemacht wird. Das kann dem eigentlichen Geschäftszweck der einem ESG-Management-System unterworfenen Firmen fundamental widersprechen und beschneidet so nicht nur deren wirtschaftliche Freiheit, sondern auch deren Gewinnaussichten. BlackRock fordert zum Beispiel von den Öl- und Gasfirmen wie Exxon und Chevron, an denen er als Großaktionär beteiligt ist, die Reduktion ihrer Förderaktivitäten. Jordan Schachtel schilderte, wie große Teile der Wirtschaft mithilfe „Wokeness-“ und ESG-Kriterien wie „Carbon-free“, „Net Zero“, „Diversity“ und „LGBTQ+-friendly“ auf den Weg zu einer „Green Transition“ gebracht werden sollen. James Taylor wies darauf hin, dass viele der mittelständischen Firmen, auf die der Schiefergas-Boom in den USA zurückgeht, auf Druck von BlackRock oder State Street schon jetzt keine Versicherer mehr finden.

Ich selbst wies darauf hin, dass das bereits in den 1990er Jahren gestartete Social- und Environmental Reporting zunächst freiwillig blieb und somit der Profilierung einer Firma gegenüber Wettbewerbern dienen konnte. (Ich habe damals selbst für eine Reihe von Industrie- und Finanz-Unternehmen Umweltbilanzierungen begleitet und Umweltberichte geschrieben, was für mich als Ökologen ein willkommenes Zubrot war.) Inzwischen ist ESG in Verbindung mit einer entsprechenden Zertifizierung zur Pflicht geworden und stellt für die teilnehmenden Firmen lediglich einen Kostenfaktor dar, dem kein sichtbarer Nutzen gegenüber steht. Darunter leiden vor allem kleine und mittlere Unternehmen (KMU), bei denen diese Kosten im Vergleich zum bescheidenen Umsatz viel stärker zu Buche schlagen als bei den Großen. Mit diesen können die Kleinen aber

ohne ESG-Zertifizierung gar nicht mehr ins Geschäft kommen.

Da die Vorgaben und Normen des ESG-Reporting auf einem intransparenten Aushandlungsprozess zwischen staatlichen Bürokratien, Konzernverwaltungen und die Interessen kleiner Minderheiten vertretenden NGOs beruhen, kommt es leicht zu einer ungesunden Symbiose zwischen diesen Akteuren. So sorgt ESG trotz des dort verlangten Bekenntnisses zur „Diversity“ für eine nie dagewesene bürokratische Gleichschaltung des Wirtschaftslebens. Der Korridor des Sag- und Machbaren wird immer enger. Alle Unternehmen müssen tendenziell dem gleichen Geschäftsmodell und der gleichen Risikobewertung folgen. Da aber die größten Risiken erfahrungsgemäß von Dingen ausgehen, die kaum jemand im Blick hat, drohen auf diese Weise ganze Volkswirtschaften an die Wand gefahren zu werden.

Ich wurde auch gefragt, ob ich einen Zusammenhang zwischen ESG und dem Untergang der Schweizer Großbank Crédit Suisse sehe. Ich konnte diese Frage nur bejahen, zumal sich die Bank in ihrer Öffentlichkeitsarbeit selbst damit gebrüstet hat, dass in den letzten Jahren mehrere Tausend Führungsverantwortliche Schulungen zum Thema „Führung und Inklusion“ besucht haben und 6000 Mitarbeiter als „LGBTQ+-Allys“ aktiv waren. Ob das den Absturz des einstigen Schweizer Nationalheiligtums beschleunigt hat, lässt sich freilich nicht formell beweisen. Aber man kann davon ausgehen, dass die Zeit, die hier in postmoderne Aktivitäten investiert wurde, für die Bewertung der Rentabilität von Investitionen und der Seriosität von Kreditanträgen fehlte.

In letzter Zeit ist der vor allem vom „World Economic Forum“ (WEF) in Davos gepredigte feudal-kommunistische „Stakeholder-Kapitalismus“ in den USA und in anderen Teilen des „Westens“ selbst nicht ohne Grund unter wachsenden Beschuss geraten. Die „Neue Zürcher Zeitung“ (NZZ) brachte schon im Juli 2022 ein Interview mit dem erfolgreichen indisch-stämmigen Unternehmer und „Wokeness“-Kritiker Vivek Ramaswamy (Autor des Bestsellers „Woke, Inc: Inside Corporate America's Social Justice Scam“ und Gründer der neuen Vermögensverwaltungs-Firma „Strive“). Dieser fordert dort einen „Exzellenz-Kapitalismus“ anstelle des „Stakeholder-Kapitalismus“: *„Der Kunde ist wichtiger als alle anderen Stakeholder. Der Exzellenz-Kapitalismus bietet den Führungskräften insofern einen klaren Nordstern und Orientierung, wie sie die konkurrierenden Interessen priorisieren sollen.“* Mitte Februar 2024 zogen BlackRock, State Street und die Investment-Bank JPMorgan Chase zusammen etwa 16 Billionen US-Dollar aus dem ESG-Pakt „Climate Action 100+“ ab.

Ob das ein Signal für den begonnenen Bedeutungsverlust von ESG und die Rückkehr zu verlässlichen Methoden der Wirtschaftlichkeitsberechnung ist, lässt sich derzeit noch nicht mit Gewissheit sagen. Vermutlich geht es zunächst darum, Investitionsmittel in den Rüstungssektor umzuleiten. In Frankreich spielt Wirtschafts- und Finanzminister Bruno Le Maire bereits mit dem Gedanken, die Hand auf die dort noch immer beliebten Sparbücher (Livret A) zu legen, um die von Staatspräsident Emmanuel

Macron angemahnte bzw. angedrohte Entsendung von Bodentruppen in die Ukraine zu finanzieren. Der mit dem subventionierten Sparbuch verbundene kleingedruckte Vertrag gibt ihm das Recht dazu.